

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 21. Mai 2024 in Brüssel**

Am 21. Mai 2024 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen die Vorbereitung des Europäischen Rates am 27./28. Juni 2024, der jährliche Dialog über die Rechtsstaatlichkeit in der EU sowie die Rechtsstaatlichkeit in Polen. Zudem wurden die informelle Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten vom 29./30. April 2024, die potentiellen Gefahren durch Einflussnahme aus dem Ausland im Vorfeld der Europawahl sowie die Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich thematisiert.

### **Vorbereitung des Europäischen Rates am 27./28. Juni 2024**

Auf Basis des Entwurfs der erläuterten Tagesordnung fand ein Austausch zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 27./28. Juni 2024 statt.

Ich sprach mich dabei für die Behandlung des Themas Migration beim Europäischen Rat im Juni aus. Ich bekräftigte die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine seitens Österreich und sprach mich für die weitere Stärkung der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung aus – jeweils unter Berücksichtigung der Neutralität Österreichs. Außerdem forderte ich die Vollendung des Binnenmarktes zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und verwies dabei auf unseren 10-Punkte-Plan über die Zukunft des Binnenmarkts inklusive Vorschläge wie etwa die Reduzierung von Berichtspflichten und Verwaltungsaufwand. Die genannten Themen hob ich auch als besonders wichtig für den kommenden institutionellen Zyklus der EU hervor.

### **Jährlicher Rechtsstaatlichkeitsdialog – länderspezifische Aussprache**

Im Rahmen des jährlichen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit fand auf Basis des Rechtsstaatlichkeitsberichts der Europäischen Kommission 2023 eine weitere Aussprache

zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten statt – gemäß protokollarischer Reihenfolge zu Zypern, Lettland, Litauen und Luxemburg. Die für Rechtsstaatlichkeit zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Věra Jourová berichtete, dass die Arbeiten der Europäische Kommission am Rechtsstaatlichkeitsbericht 2024 laufen.

### **Rechtsstaatlichkeit in Polen: Artikel 7 Absatz 1 EUV**

Die für Rechtsstaatlichkeit zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Věra Jourová stellte die Analyse der Europäischen Kommission zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen vor. Auf Basis der Analyse sei die Europäische Kommission zum Schluss gekommen, dass in Polen keine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit im Sinne von Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags über die EU mehr bestehe. Auf dieser Grundlage beabsichtige die Europäischen Kommission, das Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 zu Polen zu beenden.

### **Weitere Themen**

Der belgische Ratsvorsitz verwies auf die informelle Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten vom 29./30. April 2024 mit Fokus auf dem Thema Rechtsstaatlichkeit. Ich begrüßte die Tagung und insbesondere, dass daran auch die EU-Beitrittskandidatenländer teilnahmen.

Der belgische Ratsvorsitz und die Europäische Kommission sprachen zudem die potentiellen Gefahren und laufenden Arbeiten zur Verhinderung von Einflussnahme aus dem Ausland, insbesondere im Vorfeld der Europawahl am 6.-9. Juni 2024, an. Ich sprach dabei meine Unterstützung für eine von Deutschland, Frankreich und Polen initiierte Erklärung aus.

Schließlich informierte der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič über den Stand der Arbeiten zu den Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

7. Mai 2024

Mag. Karoline Edtstadler  
Bundesministerin